

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXI

Erster Teil

Überblick über die historische Entwicklung der mit Freiheitsentziehung verbundenen vorbeugenden Maßnahmen

1. Der erste Reformversuch	1
2. Der zweite Reformversuch	2
3. Der dritte Reformversuch	4
4. Der vierte Reformversuch	6
5. Der fünfte Reformversuch	8

Zweiter Teil

Der Dualismus von Strafen und Maßnahmen

A. Die Strafe	10
1. Das Schuldprinzip	10
2. Der „strafrechtliche“ oder „materielle“ Schuldbegriff	11
3. Das Tat-Täterstrafrecht	12
B. Die Maßnahme als „zweite Spur“ der Verbrechensbekämpfung	13
1. Der Gefährlichkeitsgrundsatz	13
2. Die Zweispurigkeit	15
a) Das Kumulationsprinzip	16
b) Das Vikariieren	17
3. Die Rechtsstaatlichkeit von freiheitsentziehenden vorbeugenden Maßnahmen	18
a) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	18
aa) Bedenken aus Gründen der materiellen Rechtsstaatlichkeit	18
bb) Bedenken aus Gründen der formellen Rechtsstaatlichkeit	20
b) Das Rückwirkungsverbot nach § 1 Abs 2 StGB	21

Dritter Teil

Die freiheitsentziehenden Maßnahmen nach dem StGB

1. Kapitel

Die Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher nach § 21 StGB

I. Die geschichtliche Entwicklung des § 21 StGB	23
II. Die Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher nach § 21 Abs 1 StGB	27
A. Die Anlaßtat	28
1. Die Höhe der Strafdrohung	28
2. Der Handlungsbegriff und die actio libera in causa	29
3. Der objektive und subjektive Tatbestand	31
4. Die Behandlung des Irrtums	31

B. Die Zurechnungsunfähigkeit	34
1. Das biologische Element	35
a) Geisteskrankheiten	35
aa) Exogene Psychosen	36
bb) Endogene Psychosen	36
cc) Der Zeitpunkt der Geistesstörung	37
dd) Die einzelnen Geisteskrankheiten	37
b) Schwachsinn (Oligophrenie)	40
c) Tiefgreifende Bewußtseinsstörung	41
aa) Die volle Berauschung	42
bb) Der pathologische Rauschzustand	44
d) Andere seelische Störungen, die den in 1. bis 3. angeführten Zuständen gleichwertig sind	46
aa) Psychopathie	47
Der Psychopathiebegriff	47
Psychopathen und Gewohnheitsverbrecher	49
bb) Neurosen	49
cc) Triebstörungen	50
dd) Affekte	51
ee) Monomanien	51
ff) Der Einfluß dieser Zustände auf die Zurechnungsfähigkeit	52
gg) Die Gleichwertigkeit	52
2. Die psychologisch-normativen Voraussetzungen	54
a) Die Diskretionsfähigkeit	54
b) Die Dispositionsfähigkeit	55
3. Die temporäre Zurechnungsunfähigkeit	56
4. Die partielle Zurechnungsunfähigkeit	57
5. Das Verhältnis der Zurechnungsunfähigkeit nach § 11 StGB zur „verzögerten Reife“ nach § 10 JGG.	57
6. Die Beurteilung der Zurechnungsunfähigkeit	59
7. Die Grenzen der Sachverständigenhilfe	61
C. Die Prognoseproblematik	63
1. Allgemeine Betrachtungen zur Prognose	63
a) Die intuitive Methode	64
b) Die klinische Methode	65
c) Die statistische Methode	66
d) Die Anwendung der Prognosemethoden	68
2. Die Gefährlichkeitsprognose	69
a) Der hohe Wahrscheinlichkeitsgrad	69
b) Die „schweren Folgen“ der strafbaren Handlung	72
D. Die Dauer der Anhaltung nach § 21 Abs 1 StGB	74
E. Die Anwendung gelinderer Mittel	75
III. Die Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher nach § 21 Abs 2 StGB	76
A. Die verminderte Zurechnungsfähigkeit	76
1. Die verminderte Zurechnungsfähigkeit in der Rechtsentwicklung	76
2. Die verminderte Zurechnungsfähigkeit als Strafbemessungskriterium	79
3. Das Verhältnis der verminderten Zurechnungsfähigkeit zu anderen Milderungs- bzw. Erschwerungsgründen	81
a) Milderungsgründe	81
b) Erschwerungsgründe	82
4. Das Verhältnis der Strafe zur Maßnahme nach § 21 Abs 2 StGB	83
B. Die Einweisungsvoraussetzungen nach § 21 Abs 2 StGB	84
1. Die geistige oder seelische Abartigkeit von höherem Grad	84

a) Die Spannweite dieses Begriffes	85
b) Psychopathen und Rückfallstäter	85
aa) Die Einbeziehung der Rückfallstäter in die Gruppe der Psychopathen	86
bb) Die Abgrenzung zwischen § 21 Abs 2 und § 23 StGB	88
c) Die Fragestellung nach der „geistigen oder seelischen Abartigkeit von höherem Grad“	89
2. Die Anlaßtat unter dem Einfluß dieser Abartigkeit	89
a) Die Anlaßtat	89
b) Der Einfluß der Abartigkeit	91
3. Die Gefährlichkeitsprognose	92
C. Die Besserungsfähigkeit	92
D. Die Abgrenzung des § 21 Abs 2 StGB zu den anderen Maßnahmen	93
E. Die Reihenfolge des Vollzuges von Strafe und Unterbringung nach § 21 Abs 2 StGB	94
F. Die Dauer der Anhaltung nach § 21 Abs 2 StGB	95
G. Die bedingte Nachsicht und die bedingte Entlassung	97

2. Kapitel

Die Unterbringung in einer Anstalt für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher nach § 22 StGB

I. Geschichtliche Entwicklung des § 22 StGB	97
II. Alkoholismus und Verbrechen	101
1. Ursachen des Alkoholismus	101
2. Direkte und indirekte Alkoholkriminalität	101
3. Wirkungen des Alkohols	103
a) Der normale Rausch	103
b) Die abnormen Rauschzustände	104
4. Erscheinungsformen des Alkoholmißbrauchs	104
a) Die Dipsomanie (periodische Trunksucht)	104
b) Der chronische Alkoholismus	105
c) Das Delirium tremens (Alkoholdelir)	105
d) Die Alkoholhalluzinose (Alkoholwahnsinn)	105
e) Der Eifersuchtswahn der Trinker	105
f) Die Korsakowsche Krankheit	106
g) Die Alkoholepilepsie	106
III. Suchtmittel und Verbrechen	106
1. Suchtmittel	106
2. Suchtgiftdelikte	107
IV. Die Voraussetzungen für die Unterbringung in einer Anstalt für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher nach § 22 StGB	108
A. Dem Mißbrauch eines berauschenden Mittels oder Suchtmittels ergeben	109
1. Berauschende Mittel oder Suchtmittel	109
2. Dem Mißbrauch ergeben	110
B. Die Anlaßverurteilung	112
1. Eine im Rausch begangene strafbare Handlung (§ 22 Abs 1 1. Alt StGB)	113
2. Eine im Zusammenhang mit der Gewöhnung an Rausch- oder Suchtmittel begangene strafbare Handlung (§ 22 Abs 1 2. Alt StGB)	113
3. Eine im Zustand voller Berauschung begangene Straftat, für die der Täter nach § 287 StGB bestraft wird (§ 22 Abs 1 3. Alt StGB)	114

a)	Ein die Zurechnungsfähigkeit ausschließender Rauschzustand	114
b)	Vorsätzliches oder fahrlässiges Sich-Versetzen in den Rauschzustand	115
c)	Die Rauschtat	116
4.	Die Verurteilung	120
a)	Verurteilung zu einer Geldstrafe	120
b)	Die Einbeziehung des § 35 StGB	121
C.	Die Gefährlichkeitsprognose nach § 22 StGB	122
1.	Eine Tat mit schweren Folgen	123
2.	Straftaten mit „nicht bloß leichten“ Folgen	124
D.	Absehen von der Anordnung der Unterbringung nach § 22 Abs 2 StGB	126
1.	Die Verbüßung einer zwei Jahre überschreitenden Strafhaft (§ 22 Abs 2 1. Alt StGB)	126
2.	Die Aussichtslosigkeit der Entwöhnung (§ 22 Abs 2 3. Alt StGB)	127
3.	Die Subsidiaritätsklausel (§ 22 Abs 2 2. Alt StGB)	128
E.	Die Reihenfolge des Vollzuges	129
F.	Die Dauer der Anhaltung und Entlassung	130
G.	Die bedingte Nachsicht von vorbeugenden Maßnahmen nach § 45 StGB	131
H.	Die Entlassung aus einer Anstalt für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher nach § 47 StGB	133
1.	Die unbedingte Entlassung	133
2.	Die bedingte Entlassung	133
3.	Die bedingte Entlassung aus der Strafhaft	134
4.	Die Probezeit	135
5.	Widerruf der bedingten Nachsicht und der bedingten Entlassung bei einer vorbeugenden Maßnahme nach § 54 StGB	136
6.	Widerruf bei nachträglicher Verurteilung nach § 55 StGB	137
a)	Widerruf der im Vorurteil gewährten bedingten Nachsicht	138
b)	Widerruf der im Nachurteil gewährten bedingten Nachsicht	138
c)	Die Probezeit	139
7.	Widerrufsfristen nach § 56 StGB	139
I.	Andere Mittel, um gegen Entwöhnungsbedürftige vorzugehen	141
1.	Anordnungen im Bereich des Suchtgiftgesetzes	141
2.	Der freiwillige Aufenthalt in einer Entwöhnungsanstalt	142
3.	Die Bestellung eines Sachwalters nach § 273 ABGB	143
4.	Entwöhnungsbehandlung eines Strafgefangenen nach § 68 a StVG	143

3. Kapitel

Die Unterbringung in einer Anstalt für gefährliche Rückfallstäter nach § 23 StGB

I.	Geschichtliche Entwicklung des § 23 StGB	144
II.	Die Voraussetzungen für die Unterbringung in einer Anstalt für gefährliche Rückfallstäter nach § 23 StGB	147
A.	Der „gefährliche Rückfallstäter“	147
1.	Der Hangtäter	147
2.	Der Berufsverbrecher	148
3.	Kriminologische und psychologische Betrachtung des „gefährlichen Rückfallsverbrechers“	149
4.	Der „gefährliche Rückfallstäter“ als Voraussetzung für die Unterbringung nach § 23 StGB	152
B.	Die Anlaßverurteilung	153
1.	Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren	153

2. Der Rechtsgüterkatalog	156
3. Die Mindestaltersgrenze	159
C. Die Vorverurteilungen	160
1. Zwei Vorverurteilungen zu Straftaten der in § 23 Abs 1 Z 1 StGB genannten Art	161
2. Zwei Vorverurteilungen zu je mehr als sechs Monate Freiheitsstrafe	161
3. Achtzehn Monate Strafhaft	163
4. Rückfallsverjährungsfrist	166
5. Die ausländische Verurteilung	167
6. Aufspaltung der Strafbemessung bei Vorsatz-Fahrlässigkeitskombina- tion	168
D. Die Gefährlichkeitsprognose nach § 23 Abs 1 Z 3 StGB	170
1. Die Frage nach der Hang- oder Berufstäterschaft	170
2. Die schweren Folgen der Straftaten	171
3. Die Anwendung des Grundsatzes „in dubio pro reo“ bei der Progno- seerstellung	176
a) Die Bedeutung dieses Grundsatzes	176
b) Die Übertragung auf den Maßnahmenbereich	177
E. Die Maßnahmenkonkurrenz	178
1. Die Konkurrenz zwischen Strafen und Maßnahmen	178
2. Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Maßnahmen	178
F. Die Reihenfolge des Vollzuges der Strafe und der Maßnahme des § 23 StGB	180
1. Die geschichtliche Entwicklung	181
2. Stellungnahme	182
G. Die Dauer der Anhaltung nach § 23 StGB	182
H. Die bedingte Entlassung	184
1. Die bedingte Entlassung aus der Freiheitsstrafe nach § 46 StGB	184
2. Die bedingte Entlassung aus der Maßnahme nach dem Vollzug der Freiheitsstrafe gemäß § 24 Abs 2 und § 47 Abs 4 StGB	184
3. Die bedingte Entlassung aus dem Maßnahmenvollzug nach § 47 Abs 2 StGB	185
4. Die Probezeit	186
5. Der Widerruf der bedingten Entlassung	187
a) Der Widerruf	187
b) Die Neuordnung der Maßnahme	187
6. Die Fristen für das Anfallen der Widerrufsgründe	188
7. Die Frist für den Widerruf	189
III. Die Strafschärfung bei Rückfall nach § 39 StGB	190
A. Der zweimalige Rückfall	190
1. Der erste Rückfall	190
2. Der zweite Rückfall	191
B. Die „gleiche schädliche Neigung“ nach § 71 StGB	191
1. Gegen dasselbe Rechtsgut gerichtete Taten	191
2. Auf gleichartige verwerfliche Beweggründe beruhende oder auf den gleichen Charaktermangel zurückzuführende Taten	194
C. Die Vorverbüßung der Strafe	194
D. Vollendung des 18. Lebensjahres des Täters	195
E. Die Rückfallsverjährung	196
F. Konsequenzen bei Vorliegen der Voraussetzungen	196

G. Die Rechtsnatur des § 39 StGB	197
1. Nach den Gesetzesmaterialien	197
2. Die Stellung des OGH zur Rechtsnatur des § 39 StGB	198
3. Stellungnahmen der Lehre <i>gegen</i> die Entscheidung des OGH	198
4. Stellungnahmen der Lehre <i>für</i> die Entscheidung des OGH	200
H. Der Schuldbegriff des § 39 StGB	201
1. Der Doppelcharakter der Schuld nach <i>Moos</i>	202
2. Der homogene objektivierte Schuldbegriff nach <i>Nowakowski</i>	203
3. Der Schuldbegriff des Strafbemessungsrechts nach <i>Zipf</i>	203
4. Die „doppelte Indizkonstruktion“ der Einzeltatschuld nach <i>Kunst</i>	204
I. Das Verhältnis der Rückfallstrafe nach § 39 StGB zur Maßnahme gegen gefährliche Rückfallstäter nach § 23 StGB	205
1. Die Auffassung der Lehre	205
2. Lösungsmöglichkeiten für das Verhältnis des § 23 zum § 39 StGB	206
a) § 23 und § 39 bleiben nebeneinander bestehen	206
b) § 23 bleibt bestehen und § 39 wird gestrichen	207
c) § 39 bleibt bestehen und § 23 wird gestrichen	208
d) Stellungnahme bezüglich der Relevanz des § 23 StGB	209

Vierter Teil

Die prozessualen Aspekte der freiheitsentziehenden vorbeugenden Maßnahmen

I. Vom Verfahren zur Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher nach § 21 Abs 1 StGB	213
A. Das Vorverfahren	214
1. Der Unterbringungsantrag	214
2. Die obligatorische Voruntersuchung	215
a) Der Pflichtverteidiger	215
b) Der Pflichten Sachverständige	216
c) Die abschließende Vernehmung des Betroffenen	216
d) Verständigung des Pflegeschaftsgerichts nach § 109 JN	217
3. Die vorläufige Anhaltung nach § 429 Abs 4 StPO	217
a) Voraussetzungen	217
b) Beschwerdemöglichkeiten	219
c) Dauer der vorläufigen Anhaltung	220
d) Anrechnung der vorläufigen Anhaltung	221
B. Die sachliche Zuständigkeit des Gerichts	222
C. Die Hauptverhandlung	222
1. Besonderheiten in der Hauptverhandlung	222
2. Austauschbarkeit des Antrages	223
3. Sonderbestimmungen bei der Hauptverhandlung vor dem Geschworenengericht	225
4. Die Entscheidung über die Unterbringung nach § 21 Abs 1 StGB	226
D. Die Hauptverhandlung in Abwesenheit des Betroffenen nach § 430 Abs 5 StPO	227
1. Prozeßfähigkeit	227
2. Verhandlungsfähigkeit	228
3. Differenzierung bei Vorliegen einer Geisteskrankheit	228
4. Beteiligungsfähigkeit	229
5. Die Entscheidung des Gerichts	230
6. Die Rechtsmittel gegen den Beschluß und das Abwesenheitsurteil	231
II. Vom Verfahren zur Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher nach § 21 Abs 2 StGB, in einer Anstalt für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher nach § 22 StGB oder in einer Anstalt für gefährliche Rückfallstäter nach § 23 StGB	232

A. Das Vorverfahren	233
1. Der Unterbringungsantrag	233
2. Die obligatorische Voruntersuchung	233
3. Die vorläufige Unterbringung in einer Anstalt nach § 21 oder § 22 StGB gemäß § 438 StPO	234
a) Voraussetzungen	234
b) Dauer der vorläufigen Unterbringung	235
c) Einweisung nach § 50 KAG	235
B. Die sachliche Zuständigkeit des Gerichts	236
C. Die Hauptverhandlung	237
1. Der Pflichtverteidiger	237
2. Der Sachverständige	237
3. Ausspruch über Absehen der Unterbringung nach § 22 Abs 2 StGB	238
D. Das selbständige Unterbringungsverfahren nach § 441 StPO	239
1. Der Unterbringungsantrag	239
2. Die Zuständigkeit	239
3. Der Unterschied zwischen der Bestimmung des § 65 Abs 5 StGB und den §§ 441 f StPO	240
4. Die vorläufige Anhaltung	240
5. Weitere Besonderheiten	241
III. Die Mitwirkenden im Unterbringungsverfahren	242
A. Der Sachverständige	242
1. Die Stellung des Sachverständigen	242
2. Die Fragen an den Sachverständigen	243
a) Bei der Einweisung eines zurechnungsunfähigen Rechtsbrechers	243
aa) Die biologischen Faktoren	244
bb) Die psychologischen Faktoren	245
cc) Die Gefährlichkeitsprognose	245
b) Bei der Einweisung eines entwöhnungsbedürftigen Rechtsbrechers	245
c) Bei der Einweisung eines gefährlichen Rückfallstäters	246
3. Rechte und Pflichten des Sachverständigen	246
4. Die Prüfung des Sachverständigengutachtens durch das Gericht	247
5. Das Problem der Bestellung von zwei Sachverständigen	250
B. Der Betroffene (Beschuldigte)	252
C. Der gesetzliche Vertreter	253
1. Die Stellung des gesetzlichen Vertreters	253
a) Die Frist zur Anmeldung des Rechtsmittels	254
b) Hauptverhandlung in Abwesenheit des Betroffenen	257
c) Rechtsmittelverzicht des Betroffenen	257
D. Der Verteidiger	258
1. Die Stellung des Verteidigers im Vorverfahren	258
2. Die Stellung des Verteidigers in der Hauptverhandlung	260
E. Der Privatbeteiligte	261
1. Die Stellung des Privatbeteiligten	261
2. Das Wesen des Adhäsionsverfahrens	262
3. Lösungsmöglichkeiten	263
4. Unterbringung in Anstalten nach den § 21 Abs 2, §§ 22 und 23 StGB	265
IV. Die Prozeßgrundsätze	265
A. Das Offizialprinzip	265
B. Das Öffentlichkeitsprinzip	267
1. Unterbringung von Zurechnungsunfähigen	268

2. Unterbringung von Zurechnungsfähigen nach § 21 Abs 2, §§ 22 und 23 StGB	268
3. Die Zweiteilung der Hauptverhandlung	269
4. Vorschläge	269
C. Die Mündlichkeit	271
D. Der Unmittelbarkeitsgrundsatz	271
E. Die Laienbeteiligung	272
V. Rechtsmittel gegen die Anordnung freiheitsentziehender vorbeugender Maßnahmen	273
A. Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung	273
1. Die Überschreitung der gesetzlichen Befugnisse	275
a) Die Anlaßtat	275
b) Grundvoraussetzungen für die Einweisung nach § 21 Abs 1 und 2 StGB	275
c) Grundvoraussetzungen für die Einweisung nach § 22 Abs 1 StGB und Absehen von einer Unterbringung nach § 22 Abs 2 StGB	276
d) Grundvoraussetzungen nach § 23 Abs 1 Z 1 und 2 StGB	276
e) Zeitliche Beschränkung	277
2. Die Anfechtung der Ermessensentscheidung	277
a) Der Hangtäter oder Berufsverbrecher	278
b) Die „schweren“ oder „nicht bloß leichten“ Folgen der Tat	278
3. Unterbleiben der Anstaltsunterbringung	279
4. Einzelne prozessuale Nichtigkeitsgründe	279
a) Fehlen des Pflichtverteidigers während der Hauptverhandlung	279
b) Anfechtungsmöglichkeiten in Zusammenhang mit dem Sachverständigen	281
c) Bezeichnung der Anlaßtat auch im Urteilstenor	282
d) Anfechtungsmöglichkeiten nach § 281 Abs 1 Z 4 und 5 StPO	282
e) Unzuständigkeitsurteil	283
B. Das Verbot der reformatio in peius im Maßnahmenrecht	283
C. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	284
IV. Resümee	286

Fünfter Teil

Vollzug der mit Freiheitsentziehung verbundenen vorbeugenden Maßnahmen

A. Aufgaben des Strafvollzugs	289
1. Vollzugszwecke und Vollzugsziel	289
2. Differenzierung – Klassifizierung – Individualisierung	291
B. Der Vollzug der vorbeugenden Maßnahmen	294
1. Vorrang des Behandlungs- und Sicherungszwecks	294
2. Allgemeine Bestimmungen des StVG zum Maßnahmenvollzug	297
a) Die Anordnung des Vollzugs	297
b) Vorgehen bei Vollzugsuntauglichkeit	297
c) Beschränkungen bei nicht eingeleitetem Vollzug	298
d) Die Anhaltezeit	299
e) Auslieferung	299
C. Einrichtungen und Behörden des Vollzugs der mit Freiheitsentziehung verbundenen vorbeugenden Maßnahmen	299
1. Anstalten für geistig abnorme Rechtsbrecher	299
a) Der Zweck der Unterbringung	300
b) Unterbringung nach § 21 Abs 1 StGB	300

aa)	Der Behandlungsgedanke	300
bb)	Die Pflichten des Untergebrachten	301
c)	Übergangsregelungen	301
aa)	Die Anstalt Göllersdorf	301
bb)	Öffentliche Krankenanstalten für Geisteskrankheiten	302
cc)	Vollzug der vorläufigen Anhaltung	303
dd)	Erfahrungen mit dem Maßnahmenvollzug des § 21 Abs 1 StGB	305
ee)	Gestaffelte Behandlungsstrategien	306
d)	Unterbringung nach § 21 Abs 2 StGB	308
aa)	Sicherung, Besserung und Resozialisierung	308
bb)	Vergünstigungen	308
cc)	Übergangsregelung	309
dd)	Einleitung des Vollzugs	310
ee)	Erfahrungsbericht in Zusammenhang mit der Sonderanstalt Mittersteig	312
ff)	Behandlungsmöglichkeiten	313
gg)	Zwangsbehandlung an psychisch Kranken	314
hh)	Die unbestimmte Dauer der Anhaltung	317
2.	Anstalten für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher	317
a)	Vorrang des Behandlungszweckes	317
b)	Die Sonderanstalt Wien-Favoriten	318
c)	Entwöhnungsbehandlung von Strafgefangenen nach § 68a StVG	318
d)	Erfahrungsbericht	319
e)	Besondere Bestimmungen bei einer Unterbringung entwöhnungsbedürftiger Rechtsbrecher nach § 169 StVG	319
f)	Die Entwöhnungsbehandlung	321
aa)	Gesetzliche Grundlagen	321
bb)	Die Behandlung	322
3.	Anstalten für gefährliche Rückfallstäter	323
a)	Sicherung und Resozialisierung	323
b)	Unterbringung nach § 23 StGB	324
aa)	Sonderanstalt Sonnberg	324
bb)	Erfahrungsbericht	324
c)	Besonderheiten des Maßnahmenvollzugs nach § 23 StGB	325
aa)	Besitz von Gegenständen	325
bb)	Bezug von Bedarfsgegenständen	325
cc)	Zulage zur Arbeitsvergütung	326
dd)	Besuchsempfang	326
ee)	Ergänzende Bestimmungen	326
ff)	Unterbrechung des Vollzugs	326
d)	Der offene oder halboffene Vollzug	327
e)	Die Behandlung von gefährlichen Rückfallstätern	330
D.	Das Vollzugsgericht	332
1.	Die Zuständigkeit	332
2.	Die Aufgaben des Vollzugsgerichts	333
a)	Die Notwendigkeit der Überstellung in die Strafanstalt	333
b)	Die Notwendigkeit der Überstellung in die Anstalt nach § 23 StGB	334
c)	Die Notwendigkeit einer weiteren Unterbringung	334
d)	Die Entscheidung über die unbedingte Entlassung aus der Anstalt nach § 22 StGB wegen Aussichtslosigkeit	334
e)	Die Entscheidung über die bedingte Entlassung	334
3.	Das Verfahren	335
4.	Der Sachverständige im Maßnahmenvollzug	335
E.	Die Entlassung aus dem Maßnahmenvollzug	336
1.	Entlassung aus der Anstalt nach § 21 StGB	336
2.	Unbedingte Entlassung aus der Anstalt nach § 22 StGB	337

3. Entlassung aus der Anstalt nach § 23 StGB	337
a) Die Notwendigkeit der Unterbringung	338
b) Die Überstellung	339
c) Die unbedingte Entlassung	339
4. Die bedingte Entlassung eines Untergebrachten	340
a) Der Entlassungsvollzug	340
b) Vorbereitung	340
c) Anhörung der Parteien	341
d) Anhörung des Untergebrachten	341
e) Anhörung eines Sachverständigen	341
f) Anhörung der Sicherheitsbehörde	342
5. Das Verfahren nach bedingter Entlassung	342
a) Das zuständige Gericht	342
b) Entscheidungen des Gerichtshofs erster Instanz	342
c) Die Nachbetreuung	343
d) Resümee	344
Stichwortverzeichnis	345